



Pressemitteilung der IG Metall

IG Metall unterstützt Rentenpläne der Bundesregierung **Geplante Verbesserungen im Rentenrecht nicht schlecht reden lassen**

Die von der Bundesregierung vorgelegten Verbesserungen im Rentenrecht wurden heute erstmals im Deutschen Bundestag beraten. Der Gesetzentwurf greift wesentliche Forderungen der IG Metall zur Bundestagswahl 2013 auf. Obwohl die Mehrheit der Menschen das Gesetzesvorhaben positiv bewertet, reagieren Arbeitgeberverbände, Lobbygruppen und selbst Politiker aus den Koalitionsparteien ablehnend.

„Die abschlagfreie Altersrente nach 45 Versicherungsjahren beginnend ab dem 63. Lebensjahr ist fair für Jung und Alt und sozialpolitisch überfällig. Vielen Betroffenen – insbesondere in der Metall- und Elektroindustrie – erspart das einen gesundheitsbedingten frühzeitigeren Ausstieg aus dem Arbeitsleben mit Einbußen. Ebenso nötig sind die Verbesserungen bei Rehabilitation und Erwerbsminderung.“, betont Thomas Steinhäuser, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Suhl-Sonneberg und alternierender Vorsitzender der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland.

Bereits heute verbleiben die wenigstens Beschäftigten in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe überhaupt bis zum Erreichen des 63. Lebensjahres. In den Betrieben ist die Anzahl der Beschäftigten mit 60 oder mehr Lebensjahren sehr gering.

„Problematisch ist jedoch die geplante Finanzierung der sogenannten Mütterrente aus Geldern der Rentenversicherung. Die rentenrechtliche Honorierung von Geburten und Nachwuchs muss gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit steuerfinanziert sein. Es beteiligt zu viele nicht, wenn allein die Beitragszahler der Rentenversicherung dafür in die Pflicht genommen werden.“, stellt Steinhäuser abschließend klar.

V.i.S.d.P.: Thomas Steinhäuser, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Suhl-Sonneberg, Platz der deutschen Einheit 4, 98527 Suhl